



UN-Klimakonferenz in Baku

Überblick und Forderungen zur COP29 (11. - 22. November 2024)

Greenpeace ist trotz und gerade wegen des erneut problematischen Austragungsortes der COP29 in einem autokratischen Petro-Staat vor Ort in Baku, um ein starkes Zeichen zu setzen: **für Klimagerechtigkeit und Verantwortung** - *gegen* Menschenrechtsverletzungen, Greenwashing und nachlassende Klimaschutzambitionen, auch von Staaten wie Deutschland. Die Bundesregierung riskiert aktuell Glaubwürdigkeit und Vertrauen, da wichtige Mittel für internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung im Bundeshaushalt fehlen und sie trotz des COP28-Beschlusses zur Abkehr von fossilen Energieträgern weiterhin in neue Gasinfrastruktur investiert. Doch **Klimagerechtigkeit braucht ausreichende Finanzierung und den fossilen Ausstieg!**

Es ist an der Zeit, dass die Hauptverursacher der Klimakrise zur **Verantwortung** gezogen werden: Greenpeace fordert mehr finanzielle Beteiligung der G20-Staaten sowie der fossilen Industrie und eine globale Milliardensteuer zur Finanzierung der ökologischen Zukunftsaufgaben. Zu diesen Aufgaben gehört auch der Biodiversitäts- und Naturschutz, den Greenpeace auf dem Weg zur COP30 im Amazonas noch stärker mit Klimaschutz verbinden wird.

Zentrale Themen, die bei der COP29 zur Diskussion stehen, sind der **Beschluss zum neuen globalen Klimafinanzierungsziel**, sowie Vorbereitungen zu den neuen **nationalen Klimaschutzplänen**, die die Staaten bis 2025 liefern müssen.

Das neue globale Ziel zur Klimafinanzierung

Im Zentrum der diesjährigen Verhandlungen wird das neue globale Ziel (New Collective Quantified Goal, NCQG) zur Klimafinanzierung stehen - ein Schlüsselement des Pariser Abkommens von 2015, mit dem die finanzielle Unterstützung der sogenannten Entwicklungsländer bei ihren Klimaschutzmaßnahmen nach 2025 festgelegt werden soll. Dieses Ziel baut auf der früheren Zusage des Klimagipfels von Kopenhagen im Jahr 2009 auf, bei dem sich die Industrieländer verpflichteten, die Klimafinanzierung bis 2020 auf jährlich 100 Mrd. USD zu steigern, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden. Ein Versprechen, das nicht rechtzeitig eingehalten wurde, denn erst [2022 floss die vereinbarte Summe](#). Inzwischen sind die Auswirkungen der Klimakrise weltweit noch dramatischer und der Bedarf für Klimaschutz, Klimaanpassung und den Ausgleich von Schäden und Verlusten steigt. Folgende Knackpunkte zeichnen sich in der Diskussion um das NCQG ab:

- **Summe:** Laut UN-Schätzungen werden bis 2030 jährlich [2,4 Billionen US-Dollar](#) für die Transformation in Entwicklungs- und Schwellenländern (ohne China) benötigt. Indien fordert, dass die Industrieländer bis 2030 jedes Jahr mindestens eine Billionen US-Dollar (v.a. Zuschüsse und vergünstigte Kredite) liefern müssen. Die afrikanischen Staaten fordern 1,3 Billionen US-Dollar an

Klimafinanzierung aus öffentlichen und privaten Mitteln. Die EU hat bisher keine konkreten Zahlen genannt. Klar ist: Die Zusagen zur Klimafinanzierung müssen von Milliarden auf Billionen erhöht werden.

- **Kreis der Geldgeber:** Bisher zahlen nur die Industriestaaten für das bisherige Klimafinanzierungsziel von 100 Milliarden US-Dollar jährlich, denn gemäß der Klimarahmenkonvention von 1992 haben sie (Annex II-Länder) die Verpflichtung für die finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer. Mittlerweile wird diskutiert, den Kreis der Zahlenden (*contributor base*) auf Länder „mit hohen Treibhausgasemissionen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“ zu erweitern. Das fordert u.a. die EU. Während die Diskussion um die Erweiterung legitim ist, darf sie kein Ablenkungsmanöver von der Verantwortung der Industrieländer sein, ihren Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu erhöhen. Sie müssen angesichts ihrer historischen Emissionen und ihrer wirtschaftlichen Kapazität die Hauptbeitragszahler sein und ihre Beiträge in keiner Weise von den Beiträgen zusätzlicher Geberländer abhängig machen.
- **Quelle der Klimafinanzierung:** Länder können aus öffentlichen Geldern Klimafinanzierung leisten oder Mittel aus privaten Quellen mobilisieren. Auch Kredite für Klimaschutzmaßnahmen, die normalen Marktkonditionen unterliegen, zählen zur Klimafinanzierung und sind mit einem Anteil [von rund 70 Prozent der öffentlichen Mittel](#) deutlich überrepräsentiert. Das kann die Schuldenlast der Empfängerländer verschlimmern. Eine weitere Möglichkeit der Klimafinanzierung ist über neue „alternative und innovative“ Finanzquellen, wozu beispielsweise Abgaben und Steuern für fossile Unternehmen gehören sollten. Angesichts der Notwendigkeit einer deutlich aufgestockten internationalen öffentlichen Klimafinanzierung, ist es ein gerechter Ansatz, die Verursacher in die finanzielle Verantwortung zu nehmen (*Make Polluters Pay*).

Klimaschutzpläne und der Ausstieg aus fossilen Energien

Das Pariser Klimaschutzabkommen sieht vor, dass die Länder alle fünf Jahre ihre nationalen Klimaschutzpläne (Nationally Determined Contributions, NDCs) verbessern und darin aufzeigen, welchen Beitrag sie zur Erreichung des 1,5 Grad Ziels leisten können. Bisher wurden die Beiträge bis 2030 eingereicht - die EU hat sich das Ziel gesetzt, ihre Emissionen um 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Es gilt, dass bei jeder Aktualisierung der Beitragsziele die Ambitionen steigen müssen, jedoch stehen die NDCs aufgrund fehlender Ambitionen immer wieder in der Kritik. Die [Globale Bestandsaufnahme](#) im Rahmen der letztjährigen Klimakonferenz zeigte auf, dass wir mit den bisher eingereichten Beiträgen auf 2,1 - 2,8 Grad Temperaturerhöhung zusteuern. Die neuen NDCs decken nun den Zeitraum 2030 bis 2035 ab und müssen bis 2025 (10. Februar) vorgelegt werden. Das EU-Ziel für 2035 wird sich vermutlich vom EU-Ziel für 2040 ableiten, für das voraussichtlich eine [Emissionsreduktion von -90%](#) vorgesehen ist..

Ein Jahr nach der historischen Vereinbarung zur Abkehr von fossilen Energien und kurz vor Ablauf der UNFCCC-Frist für die Vorlage neuer nationaler Klimaschutzpläne ist die COP29 ein entscheidender Zeitpunkt, um den fossilen Ausstieg in die Tat umzusetzen und mit den NDCs zu verknüpfen. Ein absehbarer Konfliktpunkt wird die Verkündung von vermeintlich 1,5-Grad kompatiblen Klimaschutzplänen der Troika (die drei COP-Präsidentschaften der Vereinigten Arabischen Emirate,

Aserbaidshans und Brasiliens) sein, während sie gleichzeitig daran festhalten, die Produktion fossiler Energien auszuweiten. Dies ist ein Trend, der auch in anderen Staaten zu beobachten ist und in den Verhandlungen gegen die mangelnde Bereitstellung von Klimafinanzierung ausgespielt wird.

Greenpeace Forderungen

INTERNATIONAL Greenpeace fordert, dass Deutschland als reiches Industrieland mit historischer Verantwortung für die Klimakrise eine Führungsrolle für Fortschritte bei folgenden Themen und Verhandlungszielen der COP29 einnimmt:

- Es braucht eine deutliche **Aufstockung der öffentlichen Finanzmittel** der G20 Länder für ein **ambitioniertes und bedarfsorientiertes neues Klimafinanzierungsziel (NCQG)** nach 2025, das als Kernelement ein klar definiertes Ziel für öffentliche Finanzierung sowie Unterziele für Minderung, Anpassung und Schäden und Verluste enthält, damit alle Bereiche angemessen finanziert werden.
- Das **Verursacherprinzip** ([polluter pays principle](#)) muss in den Vereinbarungen zum NCQG gestärkt werden. Die Kosten der Klimakrise sollten von denjenigen getragen werden, die die meiste Verantwortung für die Verursachung tragen - die Länder (meist G20), Unternehmen und Einzelpersonen (Milliardäre) mit den höchsten Emissionen. Öl- und Gaskonzerne haben in den letzten Jahren nicht nur Rekordemissionen verursacht, sondern auch Rekordgewinne eingefahren. Der Beschluss zum NCQG muss die Staaten auffordern, über nationale Abgaben und Steuern (z.B. Übergewinnsteuern für fossile Unternehmen oder fossile Extraktionsabgaben) **die fossile Industrie zur Kasse zu bitten**, um so Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land zu finanzieren und mehr Mittel für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen zu können.
- Der **globale Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen** muss konkretisiert werden und die sofortige Beendigung neuer fossiler Projekte vorangetrieben werden. Es braucht eine COP29-Vereinbarung, die die Staaten auffordert, die energiepolitischen Beschlüsse der COP28 zur Verdreifachung der Kapazitäten für erneuerbare Energien und Verdopplung der Energieeffizienz bis 2030 in ihren neuen **Klimaschutzplänen** zu berücksichtigen und konkrete Ausstiegspfade festzulegen.
- Mit Blick auf die nächste COP30 in Brasilien müssen schon jetzt die Grundlagen für **Synergien im Klima- und Naturschutz** gelegt und NDCs so ausgestaltet werden, dass [Klima- und Naturschutzmaßnahmen stärker verzahnt](#) werden. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und drohender Kipppunkte des Klimasystems müssen von der Weltgemeinschaft holistischer adressiert werden. Deutschland sollte die Entwicklung eines **Amazonas-Schutzfonds** so unterstützen, dass damit alle tropischen Regenwälder dauerhaft geschützt und die Rechte indigener Völker gestärkt werden. Der Amazonas darf nicht Teil des CO2-Marktes und damit von Greenwashing werden.

NATIONAL Die deutsche Bundesregierung kann auf der COP29 nur glaubwürdig für diese Ziele eintreten, wenn sie auch zuhause mit gutem Beispiel vorangeht. Doch die Ampel-Koalition gefährdet durch **Verwässerungen des Klimaschutzgesetzes, Haushaltskürzungen** und die **Ausweitung neuer Gas-Abhängigkeiten** ihre eigenen Klimaziele und das Einhalten des 1,5-Grad-Limits. Deshalb fordert Greenpeace von der deutschen Bundesregierung:

- Die Einhaltung des **6-Milliarden-Versprechens für internationale Klimafinanzierung** und der zusätzlich zu rechnenden **1,5 Milliarden Euro für Biodiversität** für 2025. Die Haushaltsmittel für die Klimafinanzierung müssen nach 2025 weiter steigen entsprechend dem fairen Anteil am neuen globalen Klimafinanzierungsziel. Denn Gelder für internationalen Klimaschutz sind nicht nur eine Frage der historischen Verantwortung, sondern auch eine **Investition in unsere Sicherheit und Stabilität sowie in eine zukunftsfähige Außenwirtschaftspolitik** zur Positionierung auf dem globalen Markt für erneuerbare Energien und Technologien.
- Die Unterstützung für eine **globale klimabezogene Milliardensteuer** und die Einführung auf nationaler Ebene - als Antwort auf die angespannte Haushaltslage in Deutschland und die Notwendigkeit einer erheblich gesteigerten internationalen öffentlichen Klimafinanzierung. Ein neues Finanzierungsziel auf der COP29 festzulegen reicht nicht aus - es muss auch mit konkreten Finanzierungsmechanismen nach dem Verursacherprinzip unterfüttert werden.
- **Kein Geld in neue Gasprojekte zu investieren** - das heißt: keine Gasbohrungen vor Borkum zu erlauben, keine festen Terminals zu bauen und keine neuen langfristigen LNG-Deals zu ermöglichen. Deutschland als größter Emittent der EU und wirtschaftsstärkstes Land muss an der Spitze einer EU-weiten und globalen Bewegung zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen stehen und sich für ein ambitioniertes EU NDC für 2035 mit konkreten Ausstiegsdaten für Kohle (2030), Gas (2035) und Öl (2040) einsetzen. Die Bundesregierung sollte sich außerdem dafür einsetzen, dass die EU ihren Gas-Deal mit Aserbaidschan beendet, welcher im Widerspruch zu den Klimazielen und Menschenrechtsstandards der EU steht.
- Eine gesetzliche Grundlage für die **Umsetzung der natürlichen Klimaschutz- und Naturschutzziele** schaffen. Die deutsche Bundesregierung hat zwar mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) einen positiven Impuls für Synergien zwischen Klima- und Naturschutz und der Klimaanpassung gesetzt, eine gesetzliche Grundlage fehlt jedoch noch. Deutschland muss hier für **die Erreichung der LULUCF Sektorziele** (Land Use, Land Use Change and Forestry) dringend nachbessern.

Greenpeace-Kontakte COP29

Sarah Zitterbarth

Referentin für Internationale Klimapolitik

Mobil: +49 175 5857225

sarah.zitterbarth@greenpeace.org

In Baku vom 09. bis 24.11.2024

Martin Kaiser

Geschäftsführender Vorstand

Kontakt via Sabine Beck E-Mail:

In Baku vom 17. Bis 24.11.2024

Sabine Beck

Communications Officer of the Executive Board

Mobil: +49 151 10667012

E-Mail: sabine.beck@greenpeace.org

In Baku vom 09. bis 24.11.2024